

Nein zum Krieg in Gaza - Nein zum Krieg in der Ukraine - Stopp der Gewaltspirale!

Für Frieden - Waffenstillstand sofort

„Es gibt auf unserer Welt immer mehr Konflikte..., die gefährlich eskalieren“ (...) „Die Gewaltspirale darf sich nicht weiterdrehen! (...) Die Waffen müssen endlich schweigen!“ (Sahra Wagenknecht) Wie in allen Kriegen sind die arbeitende Bevölkerung und Jugend die Opfer. Sie werden als Kanonenfutter an die Fronten geschickt, Zivilisten sterben unter dem Bombenhagel, Millionen werden in die Flucht getrieben, ihre Städte und Häuser, ihre Lebensbedingungen werden zerstört. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt die Kriegspolitik der Regierung Scholz ab. Sie sagt Nein zum Krieg in der Ukraine - Für Waffenstillstand sofort!

Regierung Scholz: Mehr Waffen – mehr Bomben – mehr Krieg

Abertausende demonstrieren jedes Wochenende in vielen Städten Deutschlands - am 4. November 50.000 in Berlin; 40.000 in Düsseldorf – für ein Ende des Völkermords in Gaza; für den Stopp des Bombardements; für die Aufhebung der Blockade!

Scholz lehnt einen Waffenstillstand in Gaza ab! Die Regierung Scholz, größter Waffenlieferant Europas für Israel, unterstützt bedingungslos den Kriegszug Netanjahus gegen das palästinische Volk und sichert militärische Unterstützung zu. Die Rüstungsexporte nach Israel wurden bis Anfang November 2023 gegenüber 2022 fast verzehnfacht. 1000 Bundeswehrsoldaten werden in den Nahen Osten verlegt, um die eigene Reaktionsfähigkeit in der Region zu erhöhen, so das Verteidigungsministerium.

Im Schatten der Massaker in Palästina geht der Krieg in der Ukraine weiter. Jeden Tag sterben Hunderte Ukrainer und Russen und weitere Hunderte werden verletzt.

Die Regierung Scholz entscheidet Erhöhung der Militärhilfe für die Regierung Selenskyj auf 8 Mrd. Euro. Die Militärausgaben sollen 2024 auf die Rekordsumme von 85, 5 Mrd. steigen. Deutschland muss „kriegstüchtig“ werden, „wir müssen wehrhaft sein.“

„Aufrüstung und Krieg sind unvereinbar mit dem Sozialstaat“

Eine Widerstandskraft als Gegenmacht zur Regierung beginnt sich herauszubilden

„Die arbeitende Bevölkerung soll einen hohen Preis für die Milliarden-Aufrüstungsprogramme der kriegstreibenden Regierung Scholz bezahlen“ - zahlreiche Gewerkschafter haben sich der Initiative angeschlossen: *„Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat!“*

Gewerkschaftsorgane unterstützen die Demonstration am 25.11..

In den Tarifkämpfen fordern und streiken die Kolleg*innen mit ihren Gewerkschaften für inflationssichere Tarifverträge und Verteidigung des Reallohns. Sie sind nicht bereit, für die Kriegs- und Sanktionspolitik der Regierung mit Lohnverlust und sozialem Absturz zu bezahlen.

„Diese Kriege sind nicht unsere Kriege!“

Engagierte aus den Strömungen wie Heizung, Brot und Frieden, Was tun, aufstehen, oder um Sahra Wagenknecht, die den Weg einer unabhängigen Organisation gegen die Regierung Scholz suchen, mobilisieren mit eigenen Aufrufen für die Kundgebung am 25.11.

Internationale Grußadressen zum 25.11.

Unser Ziel:

**„Die Kämpfe gegen den Krieg - gegen den sozialen Krieg
in jedem unserer Länder zu vereinen und zu verstärken“**

Das **Europäische Verbindungskomitee** gegen Krieg gegen sozialen Krieg, das Widerstandskräfte aus 16 europäischen Ländern am 30. September konstituiert haben, hat die Großkundgebung am 25.11. – anlässlich der vorgesehenen Verabschiedung des Kriegshaushalts durch das Parlament - begrüßt. In mehreren Ländern Europas, in denen die Regierungen in dieser Zeit ebenfalls Kriegshaushalte für 2024 zur Abstimmung stellen, werden Protestkundgebungen geplant.

Bisher haben uns Solidaritätsadressen erreicht aus:

- Serbien
- Spanien
- Österreich
- Frankreich
- Norwegen
- Irland
- Griechenland
- Dänemark
- Belgien
- Rumänien
- Polen

Angekündigt wurde noch eine aus Belgien

In folgenden Ländern finden Veranstaltungen statt: Bulgarien, Kroatien, Serbien, Spanien (Bilbao, Valencia und Barcelona), Frankreich, Norwegen, Irland, Belgien

Carla Boulboulé / Gotthard Krupp, Berlin 23.11.2023

Weitere Informationen unter <https://gegendenkrieg-gegendsocialenkrieg.info/>

Englische Texte: unter:

<https://gegendenkrieg-gegendsocialenkrieg.info/category/english/>

Dokumentation von der Konferenz am 8.7.2023:

<https://gegendenkrieg-gegendsocialenkrieg.info/category/english-documentation/>

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11. in Berlin

Serbien

An die Demonstration vom 25.11.2023

Belgrad 18.11.23

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Wir möchten Ihnen die Grüße und die Unterstützung des Serbischen Komitees gegen den Krieg für Ihre Demonstrationen übermitteln. Aus den Aktionen, die die herrschenden Klassen überall unternehmen, spüren wir, dass eine große Gefahr der Eskalation und des Übergreifens des Krieges zwischen der NATO und Russland in der Ukraine auf den Rest Europas und der Welt besteht.

Deshalb halten wir es für immens wichtig, dass die Arbeiterklasse und die Völker Europas sich gegen diese Tendenz der herrschenden Klasse stellen und zeigen, dass wir dies nicht akzeptieren werden, dass wir gegen den Krieg, die Militärbudgets und alle anderen Initiativen kämpfen werden, die sich ausweiten und uns alle in ein noch größeres Blutvergießen treiben könnten.

Die internationalistische Solidarität der Arbeiter ist das Einzige, was eine angemessene Antwort auf die kriegstreiberischen Aktivitäten unserer Herren geben kann.

Lasst uns vereinigen und eine starke Antwort auf diese Tendenzen geben.

In Solidarität,

Serbisches Komitee gegen den Krieg

Bericht:

Liebe Kollegen,

ich möchte Euch darüber informieren, dass am Mittwoch, den 15. November, das Serbische Komitee gegen den Krieg in Belgrad gegründet wurde. Eine Gruppe, bestehend aus Menschen mit unterschiedlichem ideologischem und politischem Hintergrund aus verschiedenen serbischen Städten, viele mit viel Aktivistenerfahrung, die sich alle um die Punkte des Europäischen Verbindungskomitees gegen den Krieg versammelt haben, hat beschlossen, dass es notwendig ist, den europäischen und weltweiten Kampf gegen den Krieg in unserer Balkanregion zu verstärken.

Wir werden uns in erster Linie auf die Rolle des serbischen Staates im gegenwärtigen Krieg in der Ukraine konzentrieren, aber auch versuchen, auf alle Fragen des Tages bezüglich der Ausbreitung des Krieges zu antworten.

Wir werden auch versuchen, möglichst viele Anti-Kriegs-Aktivist:innen aus der Region einzubeziehen, in der Hoffnung, bald ein funktionierendes Anti-Kriegs-Komitee auf dem Balkan zu haben.

Die erste Aktivität unseres Komitees wird die Organisation einer **öffentlichen Veranstaltung in Belgrad am 25. November** sein, die die Beziehungen zwischen der NATO und Serbien hinterfragen wird, insbesondere im Hinblick auf den Besuch des NATO-Generalsekretärs, der in diesen Tagen Serbien besuchen wird. Wir hoffen, dass wir in Kontakt bleiben und aktiv an der europäischen Koordination teilnehmen werden.

In Solidarität,

Serbisches Komitee gegen den Krieg

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11. in Berlin

Spanien

An das deutsche Koordinationskomitee gegen den Krieg, gegen den sozialen Krieg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Am vergangenen Donnerstag, dem 16. November, fand die Sitzung des Koordinationskomitees der Kampagne «Nein zum Krieg !» statt. Eine Kampagne, die wir kurz nach dem Einmarsch von Putins Truppen in die Ukraine gestartet haben. Und die heute Hunderte von Unterstützern hat, darunter viele Mitglieder von Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften, auch mehrere Abgeordnete und andere MandatsträgerInnen. Ihr erinnert Euch auch daran, dass wir am 26. Juni 2022 ein europäisches Treffen in Madrid gegen den Krieg am Vorabend des NATO-Gipfels organisiert haben.

Am 30. September nahmen wir an dem Treffen teil, bei dem das Europäische Verbindungskomitee «Gegen den Krieg! Gegen den sozialen Krieg!» gegründet wurde.

Vor einigen Wochen erhielten wir den Aufruf von 150 politisch und gewerkschaftlich Engagierten und führenden Persönlichkeiten aus Deutschland, die für den 25. November zu einer Demonstration in Berlin gegen Militärausgaben, Sanktionen gegen Russland und allgemein gegen die militaristische Politik der derzeitigen deutschen Regierung aufrufen, und machten ihn weithin bekannt.

Im spanischen Staat waren wir uns einig, dass wir um dieses Datum herum Aktionen in dieselbe Richtung organisieren würden, insbesondere gegen die monströsen Militärausgaben, die die spanische Regierung - die damals amtierende Regierung - tätigte. Heute ist die neue Regierung unter der Führung von Pedro Sánchez von der PSOE gebildet worden und hat erklärt, dass sie die bisherige atlantische Politik fortsetzen wird.

In der Zwischenzeit hat sich, wie Ihr wisst, die Weltpolitik qualitativ verändert. Seit dem 7. Oktober steht die Situation in Palästina, insbesondere das von der israelischen Armee organisierte Massaker, im Mittelpunkt der Besorgnis der Arbeiter und Völker... obwohl der Krieg in der Ukraine mit gleicher oder sogar größerer Intensität weitergeht.

In unserem Land, Spanien, vergeht kein einziger Tag ohne Demonstrationen gegen die Bombardierungen und die Blockade des Gazastreifens. Zum Beispiel gab es am Donnerstag, den 16. November, einen Streik in Universitätsinstituten und Fakultäten mit Demonstrationen in allen Städten... Sogar die wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen, UGT und CCOO, rufen zu einem Waffenstillstand auf. Wir, unser Komitee, haben uns natürlich an diesen Mobilisierungen beteiligt, ohne dabei die Ukraine zu vergessen.

Am 20., 21. und 23. November organisieren wir Kundgebungen in Bilbao, Valencia und Barcelona vor den Vertretungen der Zentralregierung und fordern u.a. ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine und keine Erhöhung der Militärausgaben im nächsten Haushalt, der in den kommenden Wochen im Abgeordnetenhaus debattiert wird.

Wir möchten Euch zu Eurer **Demonstration am 25. November herzlich grüßen** und unsere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, die Tätigkeit des Europäischen Verbindungskomitees fortzusetzen und den Austausch von Informationen und Vorschlägen für gemeinsame Aktionen in jedem Land und auf kontinentaler Ebene fortzusetzen.

Koordinationskomitee der Kampagne «Nein zum Krieg!» Spanien (18.November 2023)

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11. in Berlin

Österreich

An die Demonstration vom 25.11.2023

Wien 18.11.23

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Seit über 30 Jahren konnten wir in Mitteleuropa uns in Sicherheit wiegen. Scheinbar gab es keinen Krieg mehr. Jene, die stattfanden und stattfinden, waren und sind so weit weg, dass wir diese leicht verdrängen konnten. Was geht uns schließlich das Völkermorden in Kurdistan, im Jemen oder in Syrien an?

Mit dem Krieg in der Ukraine und erst recht jetzt in Palästina ist die auch zuvor existierende grausame Realität des Krieges aufgrund der Nähe dieser Konflikte wie ein Schock auch wieder in unseren Köpfen angekommen. Dieser neuen und doch uralten Realität und ihren Auswirkungen müssen wir uns nun erneut stellen. Scheinbar – so argumentieren es zumindest unsere Regierungen – braucht es mehr Waffen, um Kriege zu verhindern.

Nichts könnte falscher sein! Frieden kann nicht durch Kriege entstehen, Frieden kann nicht mit Waffen herbeigeführt werden.

Gerade in Zeiten der immer offensichtlicher werdenden Klimakatastrophe, des zusammenbrechenden Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystems sowie der Massenverarmung sind die horrenden Summen, die heute wieder für Aufrüstung ausgegeben werden, nicht nur aus der Logik des Friedens heraus eine Perversion, sondern auch genau jene Mittel, die dringend für ein menschenwürdiges Leben eingesetzt werden müssen!

Dem Krieg keinen Frieden! Internationale grenzenlose Solidarität statt Standortkonkurrenz und Nationalismus! Folgen wir dem Beispiel von Arbeiter*innen in vielen Teilen der Welt - von Kalifornien über Belgien, Italien und Griechenland bis nach Belarus - und blockieren in der Tradition der Arbeiter*innen- und Friedensbewegung jeden Rüstungstransport.

Kämpfen wir in unseren Organisationen bedingungslos gegen jeden Cent für Aufrüstung und die Vorbereitung weiterer Kriege!

Axel Magnus,

*Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen gegen Notstandspolitik (Österreich)*

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11.in Berlin

Frankreich

**Antwort des Nationalen Büros der POI an Kathrin Otte,
einstimmig an-genommen «**



Liebe Kathrin Otte, das heute tagende nationale Büro der POI wünscht Euch einen vollen Erfolg für Eure Demonstration am 25. November.

Wir führen in Frankreich mit der Bewegung Das Unbeugsame Frankreich (La France insoumise, LFI) den Kampf gegen Macron, gegen seine imperialistische Kriegspolitik.

Frankreich hat Waffen im Wert von 3,2 Milliarden für den Krieg in der Ukraine geliefert. Vom ersten Tag an hat sich die POI zusammen mit Jérôme Legavre, dem der POI an-gehörigen LFI-Abgeordneten, gegen den Krieg in der Ukraine und die Kriegshaushalte eingesetzt. Die Abgeordneten der LFI haben alle gegen die 413 Milliarden gestimmt, die Macron für die kommenden 7 Jahre für Aufrüstung und Kriege ausgeben will.

Heute setzen wir als LFI unsere ganzen Kräfte für die Mobilisierung gegen den Völkermord an den Palästinensern ein. Die Regierung Macron hat nicht nur die Entfesselung der israelischen Kriegsmaschine und der der USA gegen die Palästinenser unterstützt, sondern denunziert auch die politischen Kräfte, die sich nicht hinter ihr versammeln. Zusammen mit der LFI haben wir uns geweigert, uns am 12. November an der von den Spitzen des französischen Staats organisierten Demonstration der Nationalen Union zu beteiligen. Diese Demonstration, zu der betrügerisch im Namen des „Kampfs gegen den Antisemitismus“ aufgerufen wurde, war in Wirklichkeit eine Demonstration zur Unterstützung der Kriegspolitik von Israel. Dort traten rassistische Ansichten zu Tage und selbst rassistisches Verhalten wurde registriert. Alle mit den Institutionen verbundenen Parteien fanden sich im Geleitzug hinter der Premierministerin wieder: Die RN (Partei von Le Pen), die Rechtsextremen, die Rechten, die Macronisten, die Sozialistische Partei, die Ökologiepartei und die Kommunistische Partei. Nur das Unbeugsame Frankreich hat sich dieser Manipulation widersetzt und sich diesem Aufzug verweigert.

Unsere Kampagne für einen Waffenstillstand, für die Aufhebung der Blockade von Gaza, den Stopp der Bombardierung und einen sofortigen Frieden stößt auf ein sehr großes Echo in der Jugend und bei der arbeitenden Bevölkerung, wird aber in allen Medien angegriffen.

Trotz der entfesselten Kampagne verändert sich die Situation. Immer mehr Stimmen verlangen einen Waffenstillstand. In Frankreich fordern ihn jetzt auch immer mehr Gewerkschaften, ebenso wie eine Aufhebung der Blockade von Gaza.

Wir treten unnachgiebig weiter für den Waffenstillstand in Palästina und für die Aufhebung der Blockade ein - trotz der Ausbrüche gegen Mélenchon und die LFI.

Wir werden gegenüber der Politik von Macron standhalten.

Vollen Erfolg für Eure Demonstration angesichts der Kriegspolitik von Scholz.

Wir stehen an Eurer Seite.

Das Nationale Büro der POI, Samstag, den 18. November 2023»

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11.in Berlin

Norwegen

«Die Unterstützung von Waffenlieferungen an die Ukraine und die Unterstützung Israels sind miteinander verbunden»

von Marielle Leraand Initiative „Fred og Rettferdighet“ (*Frieden und Gerechtigkeit*)

Israel ist das einzige Land der Welt, dem es in unserem Jahrhundert erlaubt wurde, 2,3 Millionen Menschen in ein einziges großes Konzentrationslager zu sperren, ohne Zugang zu Strom, Wasser und Nahrung, und das die Bevölkerung langsam aber sicher verdursten und verhungern lassen wird.

Israel ist das einzige Land der Welt, dem es erlaubt ist, Krankenhäuser mit schwer verletzten Patienten zu bombardieren.

Israel ist das einzige Land der Welt, dem es erlaubt ist, UN-Schulen, Kirchen und Moscheen zu bombardieren, in denen Zehntausende von Flüchtlingen Zuflucht gesucht haben.

Israel ist das einzige Land der Welt, dem es erlaubt ist, mehrere hundert bei der UNO beschäftigte Krankenschwestern und Ärzte zu töten und zu verletzen.

Israel ist das einzige Land der Welt, dem es erlaubt ist, Dutzende von Journalisten zu töten.

Und das alles in nur etwas mehr als einem Monat.

Und warum können sie das tun, ohne dass etwas passiert?

Die USA stellen Israel jedes Jahr 3,8 Milliarden Dollar an Hilfe zur Verfügung, der größte Teil davon ist Waffenhilfe. Nachdem Israel mit der Bombardierung des Gazastreifens begonnen hatte, legte Joe Biden dem Kongress einen Vorschlag für ein neues Waffenpaket vor, das seiner Meinung nach notwendig war, um die "Sicherheit der USA zu stärken". In demselben Vorschlag waren 16 Milliarden Dollar für die Ukraine und 14 Milliarden Dollar für Israel vorgesehen. Wenn also Biden selbst in seiner Argumentation darauf hinweist, wie wichtig es ist, Israel und die Ukraine als Teil der "amerikanischen Sicherheit" zu sehen, dann ist es vielleicht an der Zeit, dass wir diese beiden Länder auch im Zusammenhang sehen?

Israels Ziel ist es, das gesamte Westjordanland und den Gazastreifen zu annektieren. Dies geht unter anderem aus Karten hervor, die Israel selbst auf seinen offiziellen Websites in den sozialen Medien veröffentlicht hat und auf denen Israel als einziges Land eingezeichnet ist, während Gaza und das Westjordanland nicht mehr existieren. Die israelische Verwaltung hat das Westjordanland seit 1967 auf der Karte als "Judäa und Samarra" bezeichnet. Sie haben die Palästinenser als ein existierendes Volk mit eigenem Land durch die Augen des Staates Israel begrifflich und verwaltungstechnisch ausgelöscht.

Die Voraussetzung dafür, dass alle palästinensischen Gebiete vollständig annektiert werden können und Palästina somit vollständig von der Landkarte verschwindet, ist jedoch auch, dass die Palästinenser physisch in die Nachbarländer vertrieben werden müssen. Dies hat sich auch als Israels Plan im Rahmen des laufenden Gaza-Plans herausgestellt und entspricht sowohl der totalen Zerstörung aller zivilen Gebäude und Infrastrukturen als auch dem Befehl zur vollständigen Evakuierung, der zunächst die Bewohner der nördlichen Hälfte des Gazastreifens betrifft.

Sowohl die Ziele Israels als auch die Mittel, mit denen der Krieg geführt wird, verstoßen eindeutig gegen das Völkerrecht. Die Tatsache, dass ein Staat so vorgeht, muss dazu führen, dass die Achtung des

Völkerrechts als Richtschnur für das Verhalten zwischen Staaten völlig zusammenbricht. Dann haben wir entweder einen Kampf aller gegen alle, oder, was von Israel und den USA bevorzugt wird, ein Hegemoniemodell, bei dem die Regeln zwar für alle anderen Länder gelten, bei dem sich aber einige Länder an der Spitze der Hierarchie außerhalb und über das Völkerrecht stellen können.

Die ideologische Grundlage des Hegemoniemodells ist implizit, wenn nicht explizit, rassistisch. Es setzt die Vorstellung voraus, dass einige Staaten eine überlegene Zivilisation/Kultur repräsentieren und dass es für die Welt gut ist, dass diese die dominante Position in der Weltordnung innehaben, auch wenn das bedeuten muss, dass sie manchmal (oder in der Realität ziemlich oft) in der Lage sein müssen, für sich selbst Ausnahmen von denselben völkerrechtlichen Regeln zu machen, die sie auch selbst durchsetzen wollen.

In der Ukraine ist es Russland, nicht die USA (oder Israel), das gegen die UN-Charta verstoßen hat. Wäre es gelungen (was nicht der Fall war und sein wird), Russland durch eine offensive Unterstützung der ukrainischen Regierungsarmee durch die NATO zurückzuschlagen, hätte dies jedoch NICHT zur Folge gehabt, dass das auf der UN-Charta basierende Völkerrecht als übergreifende Leitlinie der Weltgemeinschaft gestärkt worden wäre. Da ein russischer Rückzug hier nicht das Ergebnis eines multilateralen Verhandlungsprozesses wäre, sondern im Gegenteil ein Ergebnis der US-geführten westlichen militärischen Gewaltanwendung, wäre das Ergebnis eine starke Stärkung des Hegemoniemodells. Dies würde bedeuten, dass der Unterschied zwischen Zivilisation und Barbarei nicht in der Kraft der UNO liegt, sondern in der Kraft der USA und der NATO, die, wenn nötig, alle "Barbaren" in ihre Schranken weisen können.

Ein militärischer Sieg des Westens über einen Stellvertreter in der Ukraine würde auch die Ukraine in die NATO bringen und damit die amerikanische/westliche Hegemonie auch rein physisch und geopolitisch stärken. Der nächste Schritt wäre, die Staaten des Kaukasus in die NATO aufzunehmen, und der nächste Schritt könnten die Staaten Zentralasiens sein, wo der größte Teil des weltweiten Uranabbaus stattfindet.

Ein Sieg des Westens in der Ukraine würde somit die Hegemonie der USA sowohl physisch als auch ideologisch stärken und es für Israel sicherer machen, mit seinen völkermörderischen Absichten zur Errichtung eines jüdischen Staates in ganz Palästina voranzukommen.

Jeder, der den westlichen Expansionsplan mit der Unterstützung für die Ukraine im laufenden Krieg auf verschiedene Weise unterstützt, unterstützt in der Praxis die westlichen Hegemoniepläne, die Israels Völkermord ermöglichen. Wer für Waffenlieferungen an die Ukraine stimmt, unterstützt damit materiell die Grundlage des Völkermordes, und wer sich verbal gegen den Völkermord selbst wendet, tut wenig bis nichts dagegen.

Wenn wir also die Sache der Palästinenser wirklich unterstützen wollen, müssen wir uns an allen Fronten, immer und überall, dem Ziel der USA und des Westens widersetzen, als Hegemonialmacht auftreten zu können.

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11.in Berlin

Irland



Peace and Neutrality Alliance Comhaontas Na Neodrachta Agus Síochána

PANA - Jahreshauptversammlung und

Europäischer Tag gegen den Krieg am Samstag, den 25. November

Erinnerung an PANA AGM

Unsere Jahreshauptversammlung zur Wahl eines neuen NEC-Vorstandes mit Berichten und Aktualisierungen findet statt:

am Samstag, den 25. November 2023 um 12.00 Uhr

in der Irish Labour History Society, Haddington Road, Dublin.

(In der Nähe der DART-Stationen Grand Canal/Lansdowne Road und der Buslinien 7/4)

Dieses Treffen ist für alle PANA-Mitglieder offen...

Samstag, der 25. ist auch der Europäische Tag gegen den Krieg

Roger Cole wird auf unserer Jahreshauptversammlung eine kurze Erklärung abgeben, in der er das Europäische Verbindungskomitee "Gegen den Krieg - Gegen den sozialen Krieg" unterstützt und deren Aufruf "Nein zu Kriegen - Stoppt den Rüstungswahnsinn - Aufbau einer friedlichen und gerechten Zukunft". Wir begrüßen diese neue Struktur und ihre Pläne für eine große Demonstration gegen den Krieg in Berlin am Brandenburger Tor sowie weitere geplante Veranstaltungen in ganz Europa an diesem Tag.

<https://www.pana.ie/posts/pana-speech-to-european-liaison-committee-against-war-and-social-war>

Protestdemonstration für Palästina in ganz Irland

PANA bittet Sie, diese Solidaritätsveranstaltungen zur Unterstützung des palästinensischen Volkes zu unterstützen. Beachten Sie, dass nicht alle diese Aktionen von der Irland-Palästina-Solidaritätskampagne organisiert werden. An diesem Wochenende wird in Dublin viel los sein, aber bitte besuchen Sie die IPSC-Facebook-Seite oder die Website, um sich über andere laufende Veranstaltungen im ganzen Land zu informieren. Es wird immer Hilfe benötigt, um Fahnen in ihrem Büro abzuholen, Veranstaltungen vorzubereiten und zu betreuen... <https://www.ipsc.ie/>

Das People's Movement wird am Mittwoch, den 22. November um 13:00 Uhr seine monatliche Demonstration abhalten. Vor dem Dáil Eireann, Kildare St, Dublin

Nein zur EU-Militarisierung und einer EU-Armee! - Neutralität ist unsere beste Verteidigung.

<https://www.people.ie/news/PN-249.pdf>

Beste Wünsche,

Tom Crilly, Kommunikation PANA

Roger Cole, Vorsitzender, Allianz für Frieden und Neutralität, PANA

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11.in Berlin

Griechenland

Wir begrüßen Eure sehr wichtige Versammlung heute, wir grüßen die Arbeiterklasse, die Jugend und die Menschen in Deutschland, die sich der NATO-Politik widersetzen; einer Politik, die die Ukraine zerstört, die die Risiken einer nuklearen und/oder Klimakatastrophe erhöht und die europäische Unabhängigkeit, die Wirtschaft, den Sozialstaat und sogar die Demokratie selbst im Westen untergräbt.

Denn wir haben sicherlich keine Demokratie, wenn die Meinung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung nicht berücksichtigt wird, und es ist auch keine Demokratie, wenn fast alle Massenmedien zu Propagandainstrumenten für eine einzige Meinung gemacht werden.

Diejenigen von uns, die das Vorgehen der NATO von Anfang an kritisiert haben, sehen sich nun bestätigt. Aber das ist keine Genugtuung.

Die Ukraine hat eine beispiellose Katastrophe erlitten, ihre Chancen, den Konflikt zu gewinnen, sind gleich null, die Sanktionen, die unsere Regierungen gegen Russland verhängt haben, haben der europäischen Wirtschaft geschadet, und das Ansehen Europas in der übrigen Welt ist auf einem historischen Tiefstand.

Wir sind die größten Risiken eines nuklearen und klimatischen Holocausts eingegangen und werden dies auch weiterhin tun. Unsere Regierungen, die Regierungen des kollektiven Westens, wissen das alles, aber sie wollen es allein aus Prestige Gründen nicht wahrhaben. Sie setzen einen Kurs fort, der zwar dem ukrainischen Volk nicht hilft, aber Europa großen Schaden zufügt und die Menschheit der Gefahr eines Weltkriegs und anderer Katastrophen aussetzt.

Als ob das nicht genug wäre, hat der kollektive Westen auch im Nahen Osten den Weg der Unterstützung des Staates Israel bei einer ethnischen Säuberung gewählt, die bereits begonnen hat, sich zu einem Völkermord am palästinensischen Volk zu entwickeln, und ignoriert dabei sowohl die Gefahren eines regionalen nuklearen Flächenbrandes, auf die Euer großer Dichter Günther Grass in der Vergangenheit so prophetisch hingewiesen hat, als auch das wirkliche langfristige historische Interesse nicht nur des palästinensischen Volkes, sondern auch des jüdischen Volkes selbst. Die weltweit führenden Völkermord- und Holocaust-Experten jüdischer Abstammung haben die fundiertesten politischen und juristischen Kritiken an Israels Politik verfasst und sprechen von der "Gefahr eines Völkermords" und von "Kriegsverbrechen".

Und vergessen wir nicht die Kriegspartei in den Vereinigten Staaten, die argumentiert, dass das Problem des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas letztlich nur durch Krieg gelöst werden kann.

Europa hat noch immer, aber nicht immer, zwei Wege vor sich, wie schon zu anderen Zeiten in seiner Geschichte, wie am Vorabend des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Der eine besteht darin, weiterhin der Partei des Krieges zu folgen, die heute beide amerikanischen Parteien, die NATO, die Europäische Kommission und Israel beherrscht. Ein solcher Kurs erinnert an den Kurs, der unseren Kontinent in die beiden Weltkriege geführt hat. Er wird das, was von unserer Demokratie übriggeblieben ist, zerstören und den Aufstieg von Irrationalismus und offenem Faschismus begünstigen, wie uns das tragische Beispiel Argentinens vor wenigen Tagen gezeigt hat. Außerdem ist ein Sieg des Westens unmöglich, wie die Ukraine gezeigt hat.

Wir befinden uns am gefährlichsten Punkt der Menschheitsgeschichte, denn wir haben Produktivkräfte und Technologien entwickelt, die das Leben auf dem Planeten selbst zerstören können. Wenn wir den Weg des Krieges fortsetzen, wird das höchstwahrscheinlich zu einem Ergebnis führen: zur Zerstörung der Zivilisation und in der Folge der Menschheit selbst.

Aber wie wiederum einer Eurer großen Dichter, Hölderlin, sagte: *Wo aber die Gefahr, wächst das Rettende auch*. Und das ist der andere, zweite Weg, den Europa noch gehen kann. Es ist der Weg von de Gaulle, der

ein Europa vom Atlantik bis zum Ural vor Augen hatte und Nein zum Vietnamkrieg sagte. Es ist der Weg von Willy Brandt und seiner Ostpolitik. Es ist der Weg von Olaf Palme, der Schweden zu einem Leuchtturm der Menschlichkeit für die ganze Menschheit machte. Es ist der Weg von Andreas Papandreou und der Sechs-Nationen-Friedensinitiative. Es ist der Weg von Dominique de Villepin, der alle zivilisierte Menschlichkeit zum Ausdruck brachte, als er im UN-Sicherheitsrat gegen die Invasion der USA und Großbritanniens im Irak sprach.

Indem wir uns gegen die Kriegshysterie der USA und der NATO stellen, verhindern wir nicht nur das Schlimmste. Wir legen auch den Grundstein für ein demokratisches, soziales, ökologisches und unabhängiges Europa, ein gleichberechtigtes Mitglied einer multipolaren Welt, das eine führende Rolle im Kampf für eine neue und ganz andere Weltfriedensordnung spielen wird, das mit den unerschöpflichen Reserven der europäischen Kultur und den vielen Ressourcen, die auf dem europäischen Kontinent zur Verfügung stehen, zum Kampf um das Überleben der Menschheit beitragen und endlich die Barbarei seiner Vorgeschichte hinter sich lassen wird.

Welchen der beiden oben beschriebenen Wege Europa einschlagen wird, kann für die Zukunft der Menschheit von entscheidender Bedeutung sein. Deshalb glauben wir, dass das, was Ihr heute tut, und wir glauben, dass dies erst der Anfang ist, nicht nur ein Kampf ist, um den Krieg in der Ukraine zu beenden; es ist ein Kampf für ganz Europa und für die Zukunft der gesamten Menschheit.

Das griechische Volk, das eine schwere Niederlage gegen die Mächte der internationalen Finanzwelt erlitten hat, die sein Land zum Versuchskaninchen beim Aufbau des globalen Totalitarismus gemacht haben, durchlebt nun eine der schlimmsten und deprimierendsten Phasen seiner Geschichte. Dennoch unterstützt die Mehrheit des griechischen Volkes weder die Politik der NATO in der Ukraine noch das Massaker und die ethnische Säuberung des palästinensischen Volkes. Doch leider drücken die meisten unserer politischen Parteien oft nicht das aus, was das Volk denkt und was es will, sondern das, was die Mächtigen in einem Westen wollen, der fast alle seine demokratischen Eigenschaften verliert. Genau das macht Euren und unseren Kampf nicht nur zu einem Kampf gegen den Krieg, sondern auch zu einem Kampf für Demokratie und für die europäische Unabhängigkeit.

Euer Kampf ist auch unser Kampf. Es lebe der Frieden, es lebe die Demokratie.

Dimitris Konstantakopoulos, Delphi Initiative/DefendDemocracy.Press

Vaggelio Sotiropoulou, Mitglied der "Anti-NATO-Aktion"

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11.in Berlin

Dänemark

**Erklärung der dänischen Unterstützer des
„Europäischen Verbindungskomitees gegen den Krieg - gegen den sozialen Krieg“
zur Unterstützung der Antikriegsdemonstration in Berlin, Brandenburger
Tor am 25. November 2023**

In Dänemark setzt die Regierung ihre bisherige Kriegspolitik konsequent fort.

Im März 2023 erreichte die Regierung im dänischen Parlament eine weitgehende Einigung über die Einrichtung eines sogenannten "Ukraine-Fonds" in Höhe von mehreren Milliarden Kronen zur Unterstützung der Kriegsführung der Ukraine (Waffen, Ausbildung). Im September wurden weitere Mittel bereitgestellt.

Im Oktober dieses Jahres kaufte der dänische Staat eine Munitionsfabrik in Nordjütland, um mit der Produktion von Munition für die ukrainischen Streitkräfte zu beginnen.

Darüber hinaus stellt sich nun heraus, dass eine geplante Kampfbrigade von 4.000 dänischen Soldaten, genannt "Faust" über 20 Milliarden Kronen teurer sein wird als erwartet.

All dieses Geld hätte für den Wiederaufbau eines am Rande des Zusammenbruchs stehenden öffentlichen Sozial-, Gesundheits-, Schul- und Verkehrssystems eingesetzt werden können und zum Abbau der sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft, sowie zur Förderung der Friedens- und Entwicklungsarbeit im Ausland.

Aber auch auf der ideologischen Ebene rüstet der dänische Staat auf. Der Krieg zwischen Israel und dem Gazastreifen hat einen wahren Propaganda-Tsunami ausgelöst, zur Unterstützung von Israels Terror-Bombardierung des Gazastreifens. Dies geschieht unter Berufung auf „Israels Recht auf Selbstverteidigung.“

In Dänemark liebäugelt die Regierung damit, diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die versuchen in der Debatte zu differenzieren, indem sie darauf bestehen, dass der Hintergrund für den asymmetrischen Krieg zwischen Israel und Gaza auch in der vom Westen unterstützten rassistischen Apartheidpolitik Israels Politik gegenüber den Palästinensern gesucht werden muss. Gerade jetzt, am 19. November 2023, demonstrieren 30.000 Menschen in Kopenhagen, um den Krieg in Gaza zu stoppen. Der Widerstand gegen den Krieg wächst in Dänemark.

Eure Demonstration in Berlin am 25. November gegen Krieg und den sozialen Krieg ist sehr wichtig - nicht nur in einem Land wie Deutschland, wo der Widerstand gegen den Krieg bereits stark ist, sondern auch in Dänemark und dem Rest Skandinaviens, wo der anwachsende Widerstand gegen den Krieg in der breiten Bevölkerung Eure ermutigende Initiative braucht.

Anton Schou, pensionierter Handelsschullehrer, Mitglied des „Europäischen Verbindungskomitees - gegen den Krieg - gegen den sozialen Krieg“;

Steffen Larsen, Hochschulabsolvent;

Magnus Carlsen, Universitätsstudent.

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11. in Berlin

Belgien (Region Lüttich)

An die Demonstration vom 25.11.2023

Belgrad 18.11.23

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Das Komitee „Stopp dem Kriegen! Stopp den sozialen Kriegen!“ hat am 22. November die mit Ludo Brabander, Sprecher der flämischen Friedensbewegung „VREDE“ (Frieden), und Henning Frey, Gewerkschafter der GEW aus Köln, angekündigte Konferenz durchgeführt.

Wir haben uns auf den Erfolg der überwältigenden nationalen Demonstrationen zur Verteidigung von Palästina am 11. November in Brüssel - dem historischen Datum des Waffenstillstands des Kriegs von 1914-18 - gestützt, zu der die Gewerkschaftsführungen auf belgischer Bundesebene aufgerufen haben.

Unser Komitee engagiert sich im besondere im Lütticher Bündnis für die Palästina-Solidarität sowohl bei Demonstrationen als auch bei direkten Aktionen.

In nächster Zeit werden Aktionen für ein unmittelbares Embargo von Waffenlieferungen nach Israel, auch in Form des Transits, am Flughafen hier in Lüttich stattfinden.

Wir stehen an Eurer Seite bei Eurer bundesweiten Demonstration am 25. November und vertrauen darauf, dass Ihr auch zielgerichtete Solidaritätsaktionen für das palästinensische Volk organisiert.

Luc Bertrand

Mitglied des europäischen Verbindungskomitees

Solidaritätsadressen an die Demonstration 25.11. in Berlin

Rumänien

Liebe Genossinnen und Genossen,

Während Ihr gegen den Krieg und den sozialen Krieg in "euren" Ländern protestiert oder marschiert, werden wir hier, in Rumänien, protestieren.

Das ist der Geist der Solidarität der Arbeiterklasse.

Solidarität miteinander, über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Wir grüßen euch und sind solidarisch mit euch, so wie ihr solidarisch mit uns seid.

Wie wir bei unserem letzten Treffen festgestellt haben, erheben sich die Menschen überall auf der Welt gegen den Krieg. Das ist in Rumänien nicht anders.

Auch wenn die Proteste seit 2020 stark überwacht werden und "unsere" Politiker versuchen, uns mit Einschüchterungsmethoden zu unterdrücken: Sie "suggerieren", dass einige Proteste privat sein sollten, und üben dann Druck auf die Organisatoren aus, damit nur eine begrenzte Anzahl von Menschen an den Protesten teilnimmt; sie stellen Proteste als Hooligan-Aktionen dar usw.

Die Menschen haben sich dennoch gegen den Krieg und die Aggressionen auf der ganzen Welt versammelt. Kriege und Aggressionen, an denen "unser" Land durch die Lieferung und den Verkauf von Waffen beteiligt ist.

Für diesen Protest am 25. 11. haben wir es geschafft, einen Teil des Gewerkschaftsbundes und einige andere Organisationen zu versammeln, die verstehen, wie "unser" Land sich am Krieg in der Ukraine und an der Situation in Palästina beteiligt.

Wir erwarten, dass einige hundert Menschen an der Kundgebung teilnehmen werden. Leider konnten wir uns nicht mit der palästinensischen community abstimmen (zu der ein Teil des Komitees gegen den Krieg - Comitetul împotriva războiului - wirklich gute Beziehungen unterhält), so dass es fast zeitgleich zwei Kundgebungen geben wird.

Nach der Kundgebung planen wir, jeden letzten Samstag im Monat ein Treffen über Krieg, über Imperialismus zu organisieren. Was ist Imperialismus, welche Länder sind imperialistisch usw. Um die Menschen gegen den Krieg zu mobilisieren.

In diesem Sinne,

Wir grüßen Euch und sind solidarisch mit Euch.

Das Komitee gegen den Krieg in Rumänien.

Solidaritätsadresse an die Demonstration 25.11. in Berlin

Polen

Die Polen - und vor allem die polnischen Politiker - sagen gerne: *"Wir haben unsere Häuser und Herzen für die Ukrainer geöffnet"* - und es stimmt.

Angesichts von 17 Millionen ukrainischen Flüchtlingen, die seit dem 24. Februar 2022 die Grenze überquert haben, gab und gibt es bei uns keine Flüchtlingslager: Menschen, die aus dem Kriegsgebiet fliehen, leben in Hotels, Herbergen, Schlafsälen, Mietwohnungen, aber auch in Privathäusern, in die sie von Polen eingeladen wurden. Aber diese enorme Gastfreundschaft hat auch eine andere Seite: Es sind völlig irrationale Erwartungen.

Wir erwarten, dass die Ukrainer diesen Krieg gewinnen - und unter *"gewinnen"* verstehen wir eine totale Niederlage Russlands und die Rückgewinnung aller eroberten Gebiete, einschließlich der Krim.

Und *"Frieden"* ist ein obszönes Wort geworden. Den Polen wird - von Medien, Politikern und Experten aller Seiten des politischen Spektrums - gesagt, dass jeder Aufruf zu Friedensgesprächen *"im Orchester des Kremls spielt"*. Dass jeder, der auch nur ein bisschen skeptisch ist, was die Chancen auf einen vollständigen ukrainischen Sieg angeht, in der Tat pro-russisch ist.

In den polnischen Medien werden Menschen, die auf beiden Seiten des Konflikts sterben, unterschiedlich bewertet: Wir trauern um sterbende Ukrainer, vor allem um Zivilisten, aber sterbende russische Soldaten werden als *"liquidiert"* bezeichnet, was anscheinend ein Grund zum Feiern ist.

Und wenn es um die zivilen Opfer geht, ist jede Kritik an den Aktionen der ukrainischen Seite eine Ketzerei. Als Amnesty International im August 2022 einen Bericht veröffentlichte, in dem festgestellt wurde, dass die ukrainischen Streitkräfte eine Strategie verfolgten, die darin bestand, sich in zivilen Gebäuden zu postieren und Angriffe von bewohnten Wohngebieten aus durchzuführen, was zu Opfern unter der Zivilbevölkerung beitrug, war die Empörung groß, richtete sich aber gegen AI. Wie einer der Kommentatoren es ausdrückte: *"Amnesty hat sich in die Hose gemacht"*.

Diese Kriegsbegeisterung hat handfeste finanzielle Folgen: Der Wert der polnischen Militärhilfe für die Ukraine erreichte 3 Milliarden Euro. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, dass Polens Militärausgaben im Jahr 2023 bei über 30 Milliarden Euro liegen. Nächstes Jahr werden es 36 Milliarden sein. Wir geben mehr als 4 Prozent des BIP für das Militär aus - und wir sind stolz darauf. Es gibt keine politische Partei in Polen, die mutig genug wäre zu sagen: Das ist zu viel.

Es gibt nicht einmal eine politische Partei auf der Linken, die sagen würde: Wenn der Krieg vorbei ist, müssen wir die Höhe der Militärausgaben neu überdenken. Die polnische Gesundheitsversorgung steckt in einer tiefen Krise, die Lehrer an öffentlichen Schulen verdienen den Mindestlohn.

Trotzdem befürwortet die polnische Öffentlichkeit massive Rüstungsausgaben. In einer kürzlich durchgeführten Umfrage sprachen sich nur 12,3 Prozent der Befragten dafür aus, dass die Regierung auf die enormen Waffenkäufe verzichten sollte.

Wir glauben jedoch, dass dies auf die weit verbreitete Pro-Kriegs-Propaganda und das Fehlen von Gegenstimmen zurückzuführen ist. Deshalb ist es so wichtig, ein alternatives Narrativ in den polnischen politischen Diskurs einzubringen. Wir müssen das Wort *"Frieden"* zurückgewinnen. Wir glauben, dass der Beitritt zum Europäischen Verbindungskomitee *"Gegen den Krieg - gegen den sozialen Krieg"* der notwendige erste Schritt sein könnte.

Agnieszka Wołk-Laniewska, journalist, columnist

Radosław Czarnecki, columnist

Maciej Wiśniowski – Editor in Chief, Strajk.eu

Piotr Ciszewski – president of the association "Historia Czerwona"